Besuchen Sie www.sicherheitspolitik.ch

Wohin geht Albanien?

Hans-Ulrich Helfer

Wenn man den offiziellen Verlautbarungen albanischer Politiker, gleich welcher Couleur, Glauben schenken will, dann ist der Weg eindeutig: Integration in die EU, Mitgliedschaft in der NATO, Vertiefung der Demokratie und Stärkung der inneren Sicherheit.

Stadtzentrum von Tirana (©Foto by Presdok AG)

Auf den ersten Blick erhält der Besucher den Eindruck als sei der Weg der Normalisierung im westeuropäischen Sinne irreversibel: Wo zu Enver Hoxhas Zeiten einsame Polizisten den imaginären Verkehr regelten und der allgegenwärtige «Sigurimi» die wenigen ausländischen Besucher nicht aus den Augen ließ, zwischen Skanderbeg-Platz und Universität, strömt heute ein beachtlicher Verkehr und die zahlreichen Restaurants und Cafes in den Seitenstraßen haben ihre Kunden. Die Zeitungen berichten von den endlosen Intrigen zwischen regierenden Sozialisten und oppositionellen Demokraten und vom neuesten Erfolg der Fußball-Nationalmannschaft. Kurz gesagt: Es könnte gar nicht normaler sein. Dann aber, nach einigen Fahrten über Land, häufen sich die Fragezeichen:

Unübersehbar schreiende Armut neben protzigen Neubauten, die irgendwo auf einer grünen Wiese ihrer Vollendung entgegenwarten. Eine erstaunlich große Anzahl Stuttgarter Edelkarossen, die auf engen und kurvigen Straßen einherschlittern, deren Schlaglochparcours noch aus der Zeit vor der Wende stammen müssen und ein Masse an infrastruktureller Verkommenheit in und um die wichtigste Hafenstadt des Landes, die an eine einzige riesige Müllhalde mahnt.

Was ist los in diesem Land, so muss man sich fragen, das gemessen an seiner geringen Bevölkerungszahl über beachtliche Bodenschätze (Chrom, Nickel, Kupfer, Erdöl etc.) verfügt, dass noch vor historisch nicht allzulanger Zeit aufgrund seiner hydroenergetischen Privilegiertheit Strom exportieren konnte, wo aber nun Stromausfälle mittlerweile zur Alltagserfahrung gehören. Albanien ist heute wie früher das Armenhaus Europas, wenn man von Exoten wie beispielsweise «Transnistrien» absieht.

Warum hängt dieses Land immer noch soweit zurück?

Fragt man einheimische Gesprächspartner, so fällt es schwer, sich auf diese Frage einen Reim zu machen: Die Politiker nennen die Verkommenheit des politischen Gegners als wesentliche Fortschrittsbremse, die Sicherheitsexperten zitieren den Einfluss der Organisierten Kriminalität (OK) und der sprichwörtliche Mann auf der Straße, wenn er denn etwas sagt (er hat konkrete tagtägliche Überlebensprobleme, die ihn voll absorbieren) fügt er noch eine Verschwörungstheorie hinzu: Die Nachbarstaaten, insbesondere Griechenland und Serbien, wollen Albanien nicht hochkommen lassen.

Touristenstrand bei Dures: Noch ist Aufbauarbeit notwendig. (©Foto by Presdok AG)

Das alles ist nicht ganz falsch, aber die Wahrheit ist komplexer. Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der verschiedensten Berufsgruppen, aber auch ausländischen Experten, zeichnen sich die folgenden Gründe für die albanische Misere ab:

Nord/Süd-Gegensatz

Ein bis heute nicht wirklich aufgelöster Nord/Süd-Gegensatz zwischen den nordalbanischen Gegen, die immer noch zum Teil archaischen sozialen- und gewohnheitsrechtlichen Mustern verhaftet sind und den südalbanischen Tosken, die in vielerlei Hinsicht flexibler sind und deren großer «Bauchschmerz» eine Binnenwanderung von Gegen ist, die ihre wirtschaftlich und sozial desolaten Heimatregionen verlassen. Der gegisch-toskische Gegensatz findet übrigens seinen politischen Niederschlag in gewissem Maße auch in der Rivalität der Demokratischen Partei des ehemaligen Präsidenten, Dr. Sali Berisha, und den regierenden Sozialisten unter ihrem starken Mann, Fatos Nano. Unglücklicherweise werden die politischen Gegensätze zwischen den beiden Lagern noch durch eine tiefe persönliche Abneigung zwischen Berisha und Nano verstärkt. Eine «politische Synthese» der gegensätzlichen Lager, die die Voraussetzung einer gesamtalbanischen, von Tirana gesteuerten Prosperitätspolitik sein müsste, ist auch an den fernsten Erwartungshorizonten noch nicht zu erkennen.

Die prägende Rolle der organisierten Kriminalität (OK)

Kaum irgendwo sonst ist das regionale Klanwesen so sehr mit der organisierten Kriminalität verschränkt wie in Albanien. Dabei gibt es beträchtliche

Promenade in Dures: Römische Säule; Denkmal aus kommunistischen Zeiten und Bauten der Neuzeit in unmittelbarer Nähe. (©Foto by Presdok AG)

regionale Unterschiede, was Spezialisierung und Kooperation mit ausländischen Syndikaten betrifft. Auch hier sind die Südalbaner die «Moderneren» was Auslandskontakte und -Kooperation betrifft. Schwerpunkt ist dabei die Region von Vlora, deren Einfluss sich bis in hohe politische Ebenen Tiranas reicht.

Die albanische OK ist vor allem deshalb für den Aufschwung des Landes so hinderlich, weil sie zunehmend im Interesse ausländischem Unternehmen die einheimischen Kapazitäten paralysiert: Wer heute in Albanien eine Produktion aufbauen will, tut gut daran sicher zu stellen, dass er keinem ausländischen Importeur in die Quere kommt, da dieser in der OK einen potentiellen Hebel findet, um die Konkurrenz klein zu halten.

Albanische Sicherheitsexperten, die aus nahe liegenden Gründen nicht genannt werden wollen, sprechen davon, dass zahlreiche hohe Politiker, auch Regierungsmitglieder, über «exterritoriale» (für die Zoll- und Polizeibehörden unantastbare) Lagermöglichkeiten verfügen, von denen aus Schmuggelgut verschoben wird.

Der Einfluss des Auslandes

Bei genauerem Hinschauen ergibt sich, dass alle albanischen Schlüsselindustrien, insbesondere im Bergbaubereich und in der Ölproduktion, schließlich von ausländischen Interessen gesteuert werden. Dasselbe gilt auch für das Bankenwesen. Konsequenz: Die albanische Wirtschaft ist in extrem hohem Maße von Interessen gesteuert, deren Erfolgskriterium nicht in der einheimischen Entwicklung zu finden ist. Eine nationale langfristig angelegte wirtschaftliche Entwicklungspolitik ist damit nicht möglich.

Radikale Gruppen

Die negativen Ausstrahlungen der «albanischen Frage». Bei der Proklamation des albanischen Staates im Jahr 1912 ging es den «Sponsorenstaaten» (Italien und Österreich) vor allem darum, den Serben einen Riegel bei ihrem Drang zur Adria vorzuschieben, weil man längerfristig die Serben wiederum als Werkzeug russischer strategischer Interessen verdächtigte.

Das hieß aber auch, dass es nicht um die Bildung eines Nationalstaates ging, in dem sich die Albaner insgesamt hätten einrichten können, sondern nur um einen «Quasi-Staat» mit immer höchst eingeschränkter Souveränität. «Quasi-Staat» hieß aber auch, dass die Mehrheit der albanischen Gebiete und Bevölkerung außen vor blieb und in Serbien (Kosovo), Montenegro, Mazedonien und Griechenland seitdem ein Konfliktpotential bildete, das vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation politischen Sprengstoff lieferte. Auch heute, in einer Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit, in der zum Teil sogar die Alphabetisierungsrate unter den Albanern wieder zurückgeht, zeichnet sich ein Problem, auch für das «Mutterland» ab: Radikale Gruppen, die sich von der Tatsache, dass sie immer noch eine Minderheit darstellen nicht davon abhalten lassen quasi-militärische Strukturen aufzubauen um dem Ziel eines «Großalbanien» näher zu kommen, führen auch in Albanien zu wachsenden Unsicherheiten. Schon ist die Rede von Trainingslagern der «AKSH» (Albanische Nationalarmee) im Nordosten, von Ruheräumen einer mysteriösen «UCC» (Befreiungsarmee für die Cameria) in Südalbanien und davon, dass das organisatorisch-politische Zentrum dieser Aktivitäten in Tirana liegt.

Strandrestaurant in einem Drei Stern-Hotel von Dures: Der Autor lässt sich von einem freundlichen Kellner bedienen. (©Foto by Presdok AG)

Die Zukunft

Wenn die Situation der Albaner außerhalb Albaniens weiter durch Niedergang und Unsicherheit bestimmt sein wird, werden die Extremisten an Bedeutung gewinnen, was schließlich zur völligen Destabilisierung Albaniens und der Nachbarstaaten führen wird.

Auf der Haben-Seite steht allenfalls ein gewisses touristisches Potential, auf das aber OK ebenfalls bereits ein Auge geworfen haben dürfte sowie ein zunehmender Pragmatismus unter der Bevölkerung, die immer schwerer von politischen Phrasen eingenommen werden kann.

Das wird für eine Wende zum Guten indes noch lange nicht ausreichen. Albanien wird erst wieder auf die Füße kommen können, wenn die Probleme der Gesamtregion im Sinn einer regionalen Kooperation wirtschaftliche und auch mentale Grenzen überschreitet.

Derzeit sieht es aber eher danach aus, als ob landesinterne Faktoren und die Unfähigkeit der zuständigen internationalen Organisationen in Albanien eine «graue Zone» von wachsender Gefährlichkeit produzieren würden, deren negative Auswirkungen auf Westeuropa stark unterschätzt werden.

Ersterscheinung in »Sicherheitspolitik« – Nr. 3
www.sicherheitspolitik.ch